

Niederschrift

zur 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Montag, dem 27. August 2018,
um 19:38 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses

Es waren anwesend:

Vom Haupt- und Finanzausschuss

Brando, Markus
Dietzel, Dieter
Jagsch, Stefan
Müller-Winter, Sven
Platen, Christoph
Urbanek, Klaus-Dieter

Gemeindevorstand:

Syguda, Norbert (Bürgermeister)
Wörner, Horst

Schriftführer

Schima, Jürgen

Verwaltung:

Imhof, Dominic (bis einschl. TOP 2)

Es fehlten entschuldigt:

Lipp, Sabine
Ventulett, Karl

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Dieter Dietzel, eröffnete die Sitzung um 19:38 Uhr, stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte alle Anwesenden.

Beschlussfassung:

Öffentliche Sitzung:

1. Mitteilungen und Anfragen

Bürgermeister Syguda teilt mit, dass für das Gewerbegebiet „Lochäcker“ ein Kaufinteressent vorhanden ist. Der Bürgermeister verteilt hierzu Info-Material an die Mitglieder des Ausschusses. Vorgespräche wurden geführt, weitere Gespräche sollen folgen. Über den weiteren Verlauf wird der Bürgermeister die Gremien zeitnah unterrichten.

Auf Anfrage nach der geplanten AfD-Veranstaltung in Lindheim teilt der Bürgermeister mit, dass Veranstaltungen in den Räumlichkeiten unserer Hallen und Bürgerhäusern nur dann Ablehnung erfahren dürfen, wenn dies begründet ist.

Es wird angefragt, wer den Krötenzaun im Bereich Oberau veranlasst hat. Bürgermeister Syguda antwortet, dass dies mit dem Baugebiet Oberau-Süd III zusammenhänge, da wir im Zuge der Genehmigung entsprechende Auflagen erfüllen müssen.

Auf Nachfrage warum das Wasserhaus in Höchst zwar eingezäunt, aber nicht mit einer Tür verschlossen ist, antwortet der Bürgermeister, es werde keine Notwendigkeit gesehen, das Wasserhaus und ähnliche Objekte besonders zu schützen.

Auf Anfrage nach dem Wasserbezug der Gemeinde Limeshain aus Büdingen teilt Bürgermeister Syguda mit, dass aufgrund vertraglicher Regelungen die Wasserlieferung von Altstadt nach Limeshain nicht betroffen ist.

2. Antrag der FDP-Fraktion zur Einführung eines papierlosen Sitzungsdienstprogrammes bzw. Informationssystems (Vorlage-Nr. 2018/017)

Bürgermeister Syguda erläutert kurz die Verwaltungsvorlage, in welcher es um die Entscheidung geht, den Gremienmitgliedern für den Sitzungsdienst entweder Endgeräte bereitzustellen oder eine Aufwandsentschädigung dafür zu zahlen. Nachdem sich der Gemeindevorstand für die Zahlung einer Aufwandsentschädigung ausgesprochen hat, kommt folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Zur Nutzung des elektronischen Sitzungsdienstprogramms der Gemeinde Altstadt werden den Gremienmitgliedern keine Endgeräte bereitgestellt. Stattdessen soll eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 15 € / Monat an die Gremienmitglieder gezahlt werden, mit welcher die Beschaffung eines privaten Endgerätes und aller weiterer Kosten subventioniert werden.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Entschädigungssatzung der Gemeinde Altstadt entsprechend anzupassen und der Gemeindevertretung zur Entscheidung vorzulegen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

3. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 (Vorlage-Nr. 2018/018)

Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt werden von Bürgermeister Syguda vorgenommen. Nachfragen von Herrn Platen von der FDP-Fraktion werden vom Bürgermeister beantwortet.

Der Gemeindevertretung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Schlussbericht des Revisionsamtes für den Jahresabschluss 2015 vom 02.03.2018 wird zur Kenntnis genommen.
2. Aufgrund des § 114 HGO in der zurzeit geltenden Fassung wird der Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Gemeinde Altstadt beschlossen.
3. Gemäß dem Schlussbericht des Revisionsamtes vom 02.03.2018 über die Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde Altstadt zum 31.12.2015 wird dem Gemeindevorstand nach § 114 HGO Entlastung erteilt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

4. Erfassung der Gehwege mit Rechteckplatten in allen Ortsteilen
(Vorlage-Nr. 2018/019)

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausführlich diskutiert. Grundsätzlich herrscht Übereinstimmung, dass für die weitere Beratung die Stellungnahmen der Ortsbeiräte vorliegen sollen.

Ebenso sollte auch die Einnahmeseite beleuchtet werden, d.h. bei den vorgesehenen grundhaften Erneuerungen ist die entsprechende Klassifizierung der Straße für die Anteile der Anwohner (25%, 50%, 75%) anzugeben.

Da dieser Tagesordnungspunkt mit dem Antrag der SPD-Fraktion „Prüfung über die Abschaffung der Straßenbeitragsenerhebung“ zusammenhängt, wird final folgender Beschluss gefasst:

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur grundsätzlichen Beschlussfassung über die Abschaffung der Straßenbeitragsenerhebung zurückgestellt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

5. Antrag der SPD-Fraktion: Schaffung einer Stelle für einen hauptamtlichen Gerätewart für die Freiwilligen Feuerwehren in Altstadt
(Vorlage-Nr. 2018/020)

Der Tagesordnungspunkt wird von Bürgermeister Syguda erläutert und anschließend ausführlich und intensiv diskutiert. Insbesondere die speziellen Tätigkeiten des Gerätewartes sowie dessen organisatorische Einteilung werden auch in Absprache mit den Ortsteilfeuerwehren festgelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen bis weitere Informationen zur Tätigkeit eines hauptamtlichen Gerätewartes aus den Ortsteilfeuerwehren vorliegen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

63674 Altstadt, den 29.08.2018

-Schima-
Schriftführer

-Dietzel-
Vorsitzender des Haupt- und
Finanzausschusses